

Sechs-Punkte-Agenda

Bedarfe der Südthüringer Wirtschaft zur Aufnahme in ein neues Thüringer Regierungsprogramm

Wirtschaft in Thüringen braucht wieder mehr Freiräume und weniger Bevormundung, mehr Liquidität durch niedrigere Kosten und Steuern und einen Pakt für Leistung, der Arbeit anreizt. Folgende Bedarfe der Wirtschaft müssen durch Aufnahme in ein Regierungsprogramm im Zentrum der Wirtschaftspolitik einer neuen Landesregierung stehen:

- 1. Thüringen braucht ein klares Bekenntnis zu seiner mittelständisch geprägten, jedoch in schwerem Fahrwasser befindlichen Wirtschaft.**
Keinesfalls ist es Zeit für weitere Eingriffe in die Unternehmen und einen funktionierenden Arbeitsmarkt. Thüringer Mindestlohn und Stärkung von Arbeitnehmerrechten sind Themen, die die Wirtschaft nicht braucht. Stattdessen sollte Vertrauen in den Markt und die Unternehmen der Ausgangspunkt einer pragmatischen Wirtschaftspolitik in Thüringen sein.
- 2. Thüringen braucht der Situation angepasste Wirtschaftsförderprogramme,** die notwendige Investitionen auslösen und helfen, die in der Wirtschaft eingeleiteten Transformationsprozesse fortzuführen. Um die Wirksamkeit der Programme zu sichern, muss die Verabschiedung des Landeshaushaltes durch eine neue Regierung auf höchster Priorität stehen.
- 3. Thüringen braucht eine Verwaltungs- und Funktionalreform,** die eine effektive leistungsfähige Verwaltungsstruktur mit dem Ziel entwickelt, wie in Sachsen die Landesverwaltung personalseitig um 15 % zu verschlanken.
- 4. Thüringen braucht funktionierende Schulen,** in denen der Unterricht nicht ausfällt, in denen keine Qualitätsunterschiede herrschen und die die Schüler für das Berufsleben vorbereiten. Längeres gemeinsames Lernen mit einem Übertritt ins Gymnasium erst ab der 8. Klasse würde Qualität und Image der Regelschulen deutlich steigern. Ein erster rasch umsetzbarer Schritt auf dem Weg dahin sollte die Schaffung eines zweiten gymnasialen Übertrittspunktes in den Regelschulen nach der achten Klasse sein.
- 5. Thüringen braucht ein Belastungsmoratorium,** um bewusst keine neuen Auflagen für die heimischen Unternehmen zu schaffen, die bereits erheblich unter Bundes- und Europabürokratie leiden. Ein ideologiefreies Vergabegesetz und Selbstbestimmung von Händlern sowie ihren Mitarbeitern bei Samstagsarbeit sind dazu erste wirksame Schritte.
- 6. Thüringen braucht eine zentrale Ausländerbehörde,** die sich als zentrale Aufgabe der Arbeitsmigration widmet und dazu den Unternehmen als Partner zur Verfügung steht.